

Deutschland.

Berlin, 26. September. Die Anordnung neuer Wahlen für das Abgeordnetenhaus, kurz nach den Reichstagswahlen, hat begrifflicher Weise in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit auf die Verschiedenheit des Wahlmodus für die beiden parlamentarischen Körper gelenkt, und mehrfach ist von liberaler Seite der Wunsch nach Einführung allgemeiner direkter Wahlen auch für das Abgeordnetenhaus ausgesprochen worden. Man scheint hiernach durch das für die Regierung günstig ausgefallene Resultat der beiden Reichstagswahlen mit allgemeiner direkter Wahl auch in oppositionellen Kreisen das Vertrauen auf spätere günstigere Erfolge direkter Wahlen nicht verloren zu haben, und zu Gunsten dieser Hoffnung läßt sich auch geltend machen, daß die Oppositionspartei bis jetzt ihre Agitations-Organisation nur für den indirekten, nicht für den direkten Wahlmodus eingerichtet hatte; möglich wäre es also ohne Frage, daß die Opposition durch geeignete Veränderung und Verbesserung ihrer Agitationsmittel auch bei direkter Wahl später eine ansehnlichere Zahl Vertreter in's Abgeordnetenhaus und Parlament schicken könnte, als ihr bis jetzt beim Reichstag gelungen ist. Die bevorstehende Abgeordnetenwahl wird jedenfalls schon einen interessanten Vergleich der Wirkungen des Wahlmodus gestatten. Fallen die Wahlen ungefähr in gleichem Verhältnis, wie die Reichstagswahlen zu Gunsten der Regierung aus, so ließe sich nicht bezweifeln, daß die zu Gunsten der Regierung veränderte Stimmung des Landes eine tiefergehendere und nachhaltigere ist und nicht ein vorübergehender Siegesrausch, wie die Opposition jetzt sich selbst zum Trost gern glauben lassen möchte. Die Hoffnungen dieser Partei dürften dann doch noch weiter verabgemindert werden. Die „Zukunft“ glaubt durch Art. 74 der Verfassung die Bewohner der neuen Landesteile von dem passiven Wahlrecht auszuschließen zu können, weil hiernach das passive Wahlrecht davon abhängig gemacht ist, daß Jemand drei Jahre dem preussischen Staatsverband angehört hat. Abgesehen davon aber, daß die Bewohner der neuen Landesteile durch deren vom Abgeordnetenhaus selbst beschlossene Einverleibung in Bezug auf Rechte und Pflichten allen Staatsangehörigen gleich gestellt worden sind, und auf keinen Fall nötig haben, einzeln auch jedes einzelne Recht besonders zu erwerben, ist auch durch Gesetz vom 17. Mai 1867, Art. 3 noch ausdrücklich einem etwaigen Zweifel über die Auslegung des Art. 74 in Bezug auf die neuen Provinzen vorgebeugt worden. Dies scheint die „Zukunft“ übersehen zu haben. Andernfalls würde einer die desfallsigen Rechte der neuen Staatsangehörigen sichernden königlichen Deklaration die Zustimmung der Mehrheit im Abgeordnetenhaus, welche die Annexion beschlossen hat, oder der Indemnitätsbeschluss für eine solche königliche Deklaration feinenfalls fehlen. Auch Präzedenzfälle z. B. bezüglich des Hohenzollerngebietes in Preußen bestätigen und rechtfertigen diese Ausdehnung der Worte: „dem preussischen Staatsverbande“ in Art. 74 auf die Bedeutung: „in einem jetzt dem preussischen Staatsverband angehörigen Lande.“ — Die „Kreuztg.“ modifiziert heute auch ihre Mitteilung über die Vermögens-Auseinandersetzung mit König Georg von Hannover im Sinne der andern Meldungen. Die diesem Blatt zugegangene Nachricht, daß die Regulierung jetzt bestimmt erfolgen werde, hatte wohl zu der Voraussetzung der erfolgten Zustimmung König Georg's Anlaß gegeben. Daß die Regulierung übrigens noch vor dem 1. Oktober jedenfalls auf dem Verordnungswege durchgeführt wird, ist lediglich als ein Beweis der wohlwollenden Fürsorge des Königs Wilhelm für die Interessen des verbliebenen Erbprinzen in Hinblick anzusehen. Denn die Regulierung wird jedenfalls durch die königl. Ordre liberaler ausfallen, als die Landesvertretung, deren Zustimmung nach dem 1. Oktober erforderlich wäre, sie zugestanden haben würde. König Wilhelm kann zur jetzigen Durchführung der Regulierung ohne Mitwirkung des Landtags kein anderes Motiv haben, als den Wunsch, in thunlichster Fürsorge für den, wenn auch durch eigene Schuld unglücklichen Erbprinzen nicht behindert zu sein. Die Landesvertreter würden und müßten nach anderem Maßstabe zurechnen. — Das Gerücht von bevorstehender Bildung eines besonderen Ministeriums für Post- und Telegraphenwesen ist dahin zurückzuführen, daß allerdings davon die Rede ist, diese beiden Verwaltungszweige, welche ohnehin vom 1. Januar k. J. ab zum Ressort des Bundes gehören, schon jetzt dem Bundeskanzler zu unterstellen. — Außer der Verordnung über die Kreisordnung und kommunalständischen Verfassung Nassau's ist in diesen Tagen auch eine Verordnung über die Kautionsbestellung der Zeitungen in den neuen Landesteilen zu erwarten. Den vorgetragenen Wünschen zufolge soll der zum 1. Oktober festgesetzte Termin bis zum 1. Januar verschoben werden. — In Hannover sind Beschlüssen laut geworden, daß zu Bildung des in Aussicht gestellten Provinzialfonds gewisse Stiftungs- und statutarische Fonds der Provinz Verwendung erhalten sollten. Diese Beschlüsse sind nun als unbegründet bezeichnet. — Für die neuen Landesteile steht jetzt auch die Publikation der preussischen Verordnung vom 11. Juli 1822, die Heranziehung der Staatsbeamten zu den Kommunallasten betreffend, in Aussicht, weil die dort über diese Verhältnisse bestehenden Gesetze die Staatsbeamten theils unverhältnismäßig begünstigen, z. B. in Nassau, theils auch mehr belasten, als es in den alten Landesteilen nach obigem Gesetz der Fall ist. — In einem rheinischen Blatt ist von einem Berliner Korrespondenten irriger Weise behauptet worden, daß nach dem preussischen Etat für den Kriegsminister 6000 Thlr. Repräsentationskosten ausgesetzt seien. Ein Blick in den Etat würde qu. Korrespondenten belehren haben, daß dem Minister des Auswärtigen Repräsentationskosten ausgesetzt sind, keinem andern Minister. — Wie die „Kreuztg.“ vernimmt, sind die Ratifikationen des Vertrages über das Ausschreiben Oesterreichs aus dem deutschen Münzverein am 17. September d. J. zu Berlin ausgetauscht

worden. Nach demselben behalten die nach dem Münzvertrag von 1857 geprägten Vereinsthaler und Doppelthaler ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel in den Ländern des bisherigen Münzvereins jedenfalls bis Ablauf 1870, sofern diese nicht in der Zwischenzeit zu einem andern Münzsystem übergehen. Das dem Handels- und Zollvertrag von 1853 angeheftete Münzkartell bleibt bis Ende 1878 für alle Teilnehmer an dem Vertrage von 1857 unverändert in Kraft. — Dem Vernehmen nach wird die konservative Partei im Reichstage ihre Stellung zu dem Zins- und Wuchergesetz davon abhängig machen, ob ihre Vorlage, über Begründung von Hypothekendarlehen, Annahme findet oder nicht. — Der gestern bereits mitgetheilten Beantwortung der von dem Abg. v. Jordan und Genossen gestellten Fragen durch das Bundespräsidium fügen wir nachträglich hinzu, daß 1) Seitens der Regierung die Berufung des Reichstages zu einer andern Zeit des Jahres, als die gegenwärtige, sicher intendirt wird, ein bestimmter Termin für die nächste Berufung aber mit Rücksicht auf das im nächsten Jahre bevorstehende Zusammentreten des Zollparlaments noch nicht bezeichnet werden kann; 2) daß die in Folge des Uebergangs in neue Verhältnisse unvermeidlich gewesene Ungleichmäßigkeit in der Aufstellung der Spezial-Etats, wie z. B. die abgeforderte Aufzählung der drei Oberpostämter in den Hansestädten, in Zukunft vermieden werden wird, und daher diese Etats, wie solche für 1868 aufgestellt worden, für die Zukunft nicht ohne Weiteres als Norm anzusehen sein werden. — Endlich ist heute in Betreff des Dispositionsfonds zur Errichtung neuer Bundeskonsulate im Auftrage des Bundeskanzlers die folgende gewünschte Motivierung mitgetheilt worden: „Bisher hat von den Bundesstaaten nur Preußen besoldete Konsulate gehabt. Es sind dergleichen nur in sehr beschränkter Anzahl und nur da angestellt worden, wo die preussischen Verkehrs- und sonstigen Staatsinteressen es mit besonderer Dringlichkeit erforderten. Der jährliche Aufwand für dieselben beträgt nach dem Etat für 1867: 204,900 Thaler. Bei Aufstellung des Etats für die Bundeskonsulate sind von den preussischen besoldeten Konsulaten nur die aufgenommen, von denen völlig außer Zweifel war, daß ihre Beibehaltung im Interesse des Bundes liegt. Der Gesamtbetrag der dafür ausgesetzten Dotationen beläuft sich auf 77,000 Thlr., bleibt also gegen den preussischen Etat um 127,900 Thlr. zurück. Es dürfte aber nicht außer Acht gelassen werden, daß von verschiedenen berechtigten Seiten besoldete Bundeskonsulate auch für Orte als notwendig erachtet worden sind, an welchen Preußen zur Zeit keine besoldete Konsulate hat, und es drängt sich ferner die Frage auf, ob nicht an anderen Orten nach dem Vorgange Preußens und Schwedens unter Beibehaltung von unbesoldeten Konsulaten, in der Art für eine wirksamere und sichere Handhabung der Geschäfte Sorge zu tragen sei, daß für besoldete Kanzler und ständige Bureausisten Entschädigungen bewilligt werden. Eine solche Einrichtung, welche eine gute Schule für die Konsulatslaufbahn darbieten würde, empfiehlt sich, von anderen Gründen abgesehen, dadurch, daß sie versuchsweise eingeführt werden kann, um, wo sie sich bewährt, definitiv festgestellt, wo sie sich nicht bewährt, ausgegeben zu werden, und daß sie eben deshalb es gestattet, dem hervortretenden Bedürfnis an weit zahlreicheren Punkten zu genügen, als solches durch eigentl. besoldete Konsulate möglich ist. — An welchen Orten in der einen oder der andern Form Einrichtungen zu treffen seien, bedarf einer auf thatsächliche Ermittlungen begründeten Erwägung, für welche zur Zeit das Material noch nicht ausreicht. So viel ist aber schon jetzt zu übersehen, daß an einigen Orten das Bedürfnis zu dringend ist, um die Befestigung des nächsten Etats abwarten zu können. Deshalb bedürfte es eines Dispositionsfonds, durch welchen die provisorische Einrichtung neuer konsularischer Vertretungen auch während des Etatsjahres 1868 möglich bleibt. Dieser Fonds ist im Verhältnis zu den vielen bereits in Anregung gekommenen Orten äußerst beschränkt und eben nur zur Abhilfe des dringendsten Bedürfnisses ausreichend.“ — Die Fraktion der Konservativen des Reichstages hielt gestern Abend und heute Vormittag Besprechungen über das Budget. Im Allgemeinen wurden die einzelnen Positionen des Etats nicht bemängelt, jedoch erwartet man über einzelne Punkte bei der Berathung im Plenum noch Auskunft Seitens der Bundesregierungen. Heute Vormittag erstattete der Referent für den Marine-Etat Hr. v. Below Bericht. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, in dessen gab sich allgemein die Ansicht kund, daß man, wenn es Seitens der Regierung gefordert werden sollte, bereit ist, auch noch mehr Gelder für Marinezwecke zu bewilligen. Die Berathungen wurden schließlich verlagert, da der Referent in dieser Beziehung sich noch einige Anträge in Form von Resolutionen vorbehalten hat, welche etwa dasselbe aussprechen sollen, was bereits in früheren Jahren in den bekannten Resolutionen für den Marine-Etat in dem preussischen Herrenhause ausgesprochen ist. Auch die gestern von uns mitgetheilten Resolutionen, welche die National-Liberalen für die Berathung im Plenum beantragt haben, kamen in der Fraktion zur Besprechung. Man war, wie wir hören, der Ansicht, daß diese Resolutionen, wenn eben Seitens der Antragsteller hinter ihnen nichts Weiteres gesucht würde, überflüssig seien, namentlich, da dieselben bereits in den Erklärungen der Bundesregierungen zum Theil ihre Beantwortung gefunden hätten. Uebereinstimmend war man der Ansicht, über diese Resolutionen einstweilen so lange noch keine Beschlüsse zu fassen, bis die Bundesregierung ihre Stellung zu denselben deklariert haben würde. — In der Fraktion führt jetzt in Abwesenheit des Vorsitzenden, Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, der Staatsminister a. D. v. Bodenschwing den Vorsitz. Als Schriftführer fungirt der Abgeordnete Graf Kleiß. — In Folge des durch das Präsidium des Reichstages dem

Bundeskanzler kundgegebenen Wunsches mehrerer Abgeordneten, hat der Bundeskanzler dem Präsidium Abschriften aller derjenigen Verträge mitgetheilt, durch welche einzelnen Bundesstaaten Nachlässe an dem Normal-Beitrag von 225 Thlr. für den Kopf der Friedensstärke des Bundesheeres zugestanden sind. — Auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen wird gesetzt werden: Schlussberathung über den Gesetzentwurf über das Postwesen. Referent: Abgeordneter Dr. Schwarze; Korreferent: Abgeordneter Dr. Friedenthal. Antrag des Referenten und des Korreferenten: den gedachten Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. — Beachtenswerth ist die Annäherung der beiden nahe verwandten Fraktionen der Freikonservativen und des Centrums. Eine förmliche Fusion ist zwar nicht zu Stande gekommen, wohl aber die Gemeinsamkeit praktischer Thätigkeit beschlossen worden. Beide Fraktionen werden sich gesondert konstituieren, aber eine Reihe von Vorlagen in gemeinschaftlichen Sitzungen diskutieren, für welchen Zweck beiderseits Referenten ernannt werden, welche wiederum zusammentreten, um die gemeinsamen Beschlüsse vorzubereiten. Schon gestern hat eine erste gemeinschaftliche Sitzung stattgefunden, in welcher auf Grund eines Referats der Abgeordneten v. Bethmann-Hollweg und Devens das Budget und die vier Anträge der National-Liberalen diskutiert wurden. Und so werden ferner über das Koalitionsgesetz die Abgeordneten Stumm (fr. K.) und v. Bethmann-Hollweg und v. Dornberg (K.), über das Zinsgesetz die Abgeordneten v. Unruhe-Bomst (fr. K.), und v. Sanger (K.), über Militär- und Marine-Etat Graf Frankenberg (fr. K.) referieren. Zusammen verfügen die beiden Fraktionen über 50 Stimmen. — Der Fraktion der National-Liberalen sind neu hinzugetreten die Abgeordneten Simson (vor seiner Wahl zum Präsidenten), Dr. Jäger, Sombart, Wächler, Dr. Blum (Sachsen), Bruch, Wachenhufen, Hofius, Bail und Mosig von Aehrenfeld. **Ausland.** **Wien, 24. September.** Der Reichskanzler Frhr. v. Beust ist heute von seiner Reise zurückgekehrt. Es verlautet, daß bei seiner Anwesenheit in Prag abermals Besuche zu einer Verständigung mit der Czechenpartei gemacht wurden, welche aber wieder ohne Erfolg geblieben seien. Die Czechen sollen auf der sofortigen Auflösung des Reichsraths bestehen, eine Bedingung, in welche Herr von Beust nicht eingehen will. Ein heute hier umlaufendes Gerücht, nach dem die jetzt das Ruder führende ungarische Partei hinter dem Rücken des Hrn. v. Beust eine Ausöhnung mit den Czechen anstrebe, um dann durch gemeinschaftlichen Kraftaufwand den Einfluß des Reichskanzlers zu brechen, verdient keinen Glauben. Aus allen Umständen scheint vielmehr hervorzugehen, daß bis jetzt zwischen dem Reichskanzler und dem ungarischen Ministerium ein ganz leidliches Einvernehmen besteht. **Wien, 26. September.** Der „Debatte“ zufolge sind die Verhandlungen der Reichs-Deputation gestern Abend abgeschlossen und die Verhandlungs-Protokolle von den Ministern unterzeichnet worden. Gleichzeitig legten die Ministerien der Reichs-Deputation die Grundrisse eines ungarisch-österreichischen Zoll- und Handelsvertrages vor. **Prag, 24. September.** Eine Verordnung des erzbischöflichen Konfitoriums beauftragt die Geistlichkeit, den Kundgebungen gegen das Konkordat entgegenzuwirken und solche für das Konkordat zu veranlassen. (An vielen Orten, namentlich im Norden Böhmens circuliren Adressen um Aufhebung des Konkordats.) **Paris, 24. September.** (Sp. 3.) Die Franzosen fangen an, in die vollendete Thatsache sich zu schicken, sie schelten nicht mehr, weil Preußen eine bestimmte und feste Politik hat, sondern sind erzürnt, weil ihre Regierung dergleichen nicht auch aufzuweisen hat. „Rom bewahren und uns unsere Freiheiten zurückgeben!“ das ist der Rath der „Gazette de France“. „Deutschland, das eine Seele besch, hat einen Körper gefunden. Frankreich besitzt einen Körper, hat aber seine Seele verloren!“ so klagt der „Temps“. Man fühlt, daß Allen Etwas fehlt, unbehaglich zu Muthe ist, und gelangt zu der Ueberzeugung, daß der jetzige Stand der Dinge nicht dauern könne. Doch an Krieg ist nicht zu denken, die Zulieferer sind, was man auch sagen mag, vollständig lahm gelegt. Einmal ganz abgesehen davon, daß die Armee in ihrer gegenwärtigen Stärke und Bewaffnung nicht mehr im richtigen Verhältnis zu den Nachbarn steht, so braucht man immer nur den Punkt ins Auge zu fassen, um das träge Verharren der Regierung zu begreifen, nämlich Rom. Wird die weltliche Macht des Papstes durch die Aktionspartei vernichtet, dann erhebt Pius IX., der um keinen Preis wieder aus dem Vatikan sich zu verbannen beabsichtigt, seine Stimme und reizt die französische Geistlichkeit mit allen Mitteln, eine Regierung zu bekämpfen, die „den heiligen Stuhl preisgegeben“ hat. Bleibt dagegen Rom in den Händen der Curie, dann hätte Deutschland in einem Kampfe gegen Frankreich an Italien einen eifrigen Bundesgenossen, und diesen beiden Mächten wagt Napoleon III. wohl gewiß nicht den Handschuh hinzuworfen. Daher ist Friede mit dem Auslande das Lösungswort der Zukunft für die Zulieferer; wenn aber trotzdem das Geld in die Rollen der Bank sich flüchtet, so erklärt sich dies aus dem Umfande, daß Niemand den Frieden im Innern verbürgen kann. Auf dem flachen Lande herrscht dumpfe Gährung, mehr noch als in den Städten. **Paris, 24. September.** Der nächste Artikel des Grafen Keratry über den „Fall Maximilian's“ in der „Revue Contemporaine“ sollte eine scharfe Depesche des Kaisers an den General Castelnau bringen, welche nach der Unterredung mit der Kaiserin Charlotte demselben nach Mexiko nachgeschickt worden war. Bei dem Druck der Korrektur-Abzüge jedoch bemerkte man, daß diese Depesche, die nur vom Kaiser, Castelnau und einer dritten Person gekannt sein konnte, den Gewährsmann Keratry's zu stark kompro-

mittiren würde, weshalb man vorzog, die Hauptstelle der Depesche dem Zerte der Arbeit einzuverleihen. Durch diese Stelle wird aber der General Castelnau beauftragt, die französisch-merikanische Fremdenlegion sofort in Vera-Cruz einschiffen zu lassen, obgleich sie vertragsmäßig noch sechs Jahre in Mexiko zu bleiben hatte. Sollte der „Moniteur“ dieses Faktum dementiren, so ist man entschlossen, ihm durch Veröffentlichung des Dokuments zu antworten. In demselben Aufsatze des Grafen Keratry wird eine Ordre des Generals Castelnau publizirt, welche die Versenkung der nicht transportablen Pulvervorräthe verfügt. Es scheint mithin, daß die dem Marschall Bazaine gemachten Vorwürfe im Grunde ganz richtig und nur an eine falsche Adresse gerichtet gewesen sind. Ob man aber auch im Stande sein wird, den Erlaß des Generals Castagny, Kommandirenden der ersten Infanterie-Division, vom 17. Januar d. J. zu rechtfertigen, scheint fraglicher. Werden doch darin die Behörden von Mazatlan, weil sie angeblich nur einen kleinen Theil der Wähler repräsentirten und nicht genug Eifer gezeigt hätten, ohne Weiteres durch andere ersetzt, deren Mitglieder, vom französischen General ernannt, mit sechsmonatlicher Gefängnißstrafe bedroht werden für den Fall, daß sie sich weigerten, die ihnen übertragenen Funktionen zu übernehmen. General Castagny ließ sogar einen Mexikaner, der sich krank melden ließ, nachdem er ihm drei Tage Bedenkzeit gegeben, in Wirklichkeit ins Gefängniß werfen, wo dieser sich die Sache überlegte und die ihm oktroyirte Stellung annahm.

Pommern.

Stettin, 27. September. In der Wohnung des Schiffskapitäns Lehmann, Mühlenberg Nr. 3, gerieth vorgestern Nachmittag, während nur die 10jährige Tochter mit ihren jüngeren Geschwistern dort anwesend war, ein Bett und eine Wiege auf nicht näher ermittelte Weise in Brand, der indessen von den Hausbewohnern sehr bald gedämpft wurde. Der durch das Feuer entstandene Schaden beträgt etwa 30 Thlr.

— Gestern wurde die unverschämte Louise Brunzel, nachdem sie am Morgen ihrer Dienstherrin, der Frau Zimmermeister Schönberg, verschiedene Kleidungsstücke gestohlen und sich dann heimlich aus dem Dienste entfernt hatte, ergriffen und verhaftet. Sie gestand die Verübung des Diebstahls ein und sind ihr die gestohlenen Sachen sofort wieder abgenommen worden.

— Ein hiesiger Kaufmann übergab vor mehreren Tagen dem bereits bestraften und auch sonst nicht im besten Ruf stehenden Kommissionsair St. einen von ihm acceptirten Primawechsel über 30 Thlr., mit dem Auftrage, denselben mit höchstens 4 Thlr. Verlust zu verkaufen und den Erlös an ihn abzulefern. Wie später ermittelt, hat St. den Wechsel auch an einen in der Schulzenstraße wohnenden Cigarrenhändler versilbert, die Wechselvaluta aber seinem Auftraggeber nicht abgeliefert, sondern dieselbe in seinem eigenen Nutzen verwendet. Zu dieser Verwendung will er angeblich berechtigt gewesen sein, weil er an seinen Auftraggeber noch aus früheren ähnlichen Geschäften Forderungen habe, was letzterer indessen bestimmt in Abrede stellt.

— Wie wir nachträglich erfahren, galt der gestrige Schuß, durch welchen Herr F. Wutsdorff für sich die Königswürde errang, auch gleichzeitig als Grandbeschuß für Se. Majestät unseren König. Demselben wurde sofort per Telegramm von dem für die Schützen-Kompagnie freudigen Ereigniß Kenntniß gegeben.

— Der den Haase'schen Erben gehörige sog. Haase'sche Holzbof ist gestern in gerichtlicher Auktion vom Kaufmann Alb. Haase für 80,100 Thlr. gekauft.

Pasewalk, 24. September. (Dd.-Z.) Der Ertrag der diesjährigen Ernte an Roggen und Kartoffeln ist für Pasewalk und Umgegend ein äußerst geringer. Die Kartoffeln geben bei schlechter Beschaffenheit nur das Drei- bis Fünffache der Aussaat und der Roggen giebt durchschnittlich nur die Hälfte von dem, was man erwarten durfte. — Der Magistrat hat in neuerer Zeit die Abschaffung der in den hiesigen Bierlokale befindlichen Schenkermädchen durchgeführt. Veranlassung sollen einige Scandale gegeben haben, die in einem Fall zu Widersehligkeiten gegen den die Schließung des Lokals gebietenden Polizisten führten.

[*] **Pyritz, 26. September.** Der im vorigen Monat aus dem hiesigen Gefängnisse entsprungene Arbeiter Fleischmann, ein gefährlicher Dieb, ist in Stargard wieder ergriffen worden. — Seit einigen Tagen herrscht hier eine ziemliche Kälte. Die Ernte in hiesiger Gegend ist in Betreff des Futters sehr befriedigend ausgefallen, beim Getreide und den Kartoffeln ist dies dagegen leider nicht der Fall, was dem schweren Boden und dem nassen Sommer zuzuschreiben ist.

Colberg, 25. September. In der vorgestern abgehaltenen Maturitätsprüfung des Gymnastiums wurden sämtliche fünf Abiturienten für reif erklärt. Es sind dies Robert Mäpfe aus Lübtow bei Pyritz, Felix Klamroth aus Frishow bei Cörlin, Ludwig Behling aus Roggow bei Belgard, Karl Baud aus Jagerow bei Polzin, Franz Nahn aus Bärwalde in Pommern. — Auch in der gestern abgehaltenen Reifeprüfung der hiesigen Realschule wurde der (einzige) Abiturient Gustav Herrmann aus Colberg für reif erklärt. Es ist dies die vierte Prüfung unserer Anstalt, seit sie als Realschule erster Ordnung anerkannt ist.

Stadt-Theater.

Stettin, 27. September. Unter den gestrigen Stücken befanden sich zwei, die zwar schon öfter hier gesehen aber in dieser Saison doch zum ersten Male gegeben wurden. In dem ersten, „Berlin wird Weltstadt“ von Kallisch, zeichnete sich besonders Herr Freitag aus, der seine Rolle (Doucet) mit der Leichtigkeit und Unruhe eines Franzosen spielte. Nur die Sprache erschien uns bisweilen nicht gerade musterhaft und mehr undeutlich als französisch zu sein. Herr Broda trug etwas zu stark auf und Herr Jackson, obgleich kein ungeschickter Spieler, hätte als preussischer Krieger wohl etwas mutziger und unbesangener drein sehen können. Der Gymnast des Herrn Bagg dagegen trat mit Würde auf und trug einen Vollbart, der, soviel wir wissen, auf unsern Gymnasten nicht erlaubt ist.

Die Damen waren alle drei recht gut und lernten wir Fel. Ewald als eine gewandte und tüchtige Schauspielerin kennen. Von großem Effekt war die Schlussszene, die mit großem Humor arrangirt, das Publikum in die heiterste Stimmung versetzte.

Dieselbe erhielt sich auch während der folgenden Vorlesung „Die Sonntagsgänger“, in der Herr Hamm als Ledemann durch

seine Couplets glänzte. Der Humor derselben und die überaus deutliche Aussprache waren das Beste, was wir in dieser Saison in diesem Fache gesehen haben. Auch Herr Fischbach (Schubbe) überraschte uns durch seine Leistung. Rechnet man hinzu, daß auch Herr Freitag sich durch seine Leistung eben so auszeichnete, wie Fel. Hahn durch ihre Anmuth, so ist gewiß die Aufführung als eine gelungene zu bezeichnen. Wir benutzen die Gelegenheit, um unsere Erwartungen auf einen hohen Genuß auch für heute Abend auszusprechen, da das Schauspiel überhaupt besser ist, als wir es in den letzten Jahren hier gesehen haben. Möge ein reichlicher Besuch die Bemühungen unsers Theaters belohnen.

Verwaltungsbericht Stettins.

(Fortsetzung.)

Verwaltung des Grundvermögens. Das Wiesen-Areal betrug ult. 1866 8202 Mrg. 69 $\frac{3}{4}$ D.Mth., welche einen Reinertrag von 23,305 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf. — pro Morgen 3 Thlr. 17 Sgr. 2 $\frac{1}{2}$ Pf. — gewährten. Das Gut Petrichof wird parzellirt, und sind im Jahre 1866 verkauft 7 Baustellen mit 82,860 D.Fuß für 14,971 Thlr. 17 Sgr. 11 Pf., 1865 waren 15 Baustellen verkauft für 38,474 Thlr. 16 Sgr. 10 Pf., zusammen 53,446 Thlr. 4 Sgr. 9 Pf.

Die Verwaltung des Rathsholzhofes und des Petroleumschuppens gewährte einen Netto-Ertrag von 3437 Thlr. 5 Sgr. 2 Pf.

Bei der Forstverwaltung ergaben sich folgende Netto-Erträge: Revier Messenbin 217 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf., Revier Wolfshorst 3669 Thlr. 2 Pf., Revier Wuffow 504 Thlr. 19 Sgr., Revier Böden-Kraspiew 2414 Thlr. 22 Sgr. 5 Pf., Revier Blochhaus 1931 Thlr. 16 Sgr. 3 Pf., Summa 8737 Sgr. 16 Sgr. 7 Pf. oder durchschnittlich pro Morgen 1 Thlr. 3 Sgr. 4 $\frac{1}{2}$ Pf.

Verwaltung der Gasanstalt. Die Gasproduktion des Jahres 1866 hat im Ganzen 55,681,410 Kubikfuß gegen 51,803,750 Kubikfuß des Jahres 1865 betragen und ist daher um 3,877,660 Kubikfuß gestiegen. Diese Zunahme ist um so bemerkenswerther, als die Röhrenleitung der Gasanstalt eine größere Ausdehnung im Jahre 1866 nicht gewonnen hat, während sie im Jahre 1865, in welchem die Gasproduktion um ca. 6 Millionen Kubikfuß zugenommen hat, durch die neuen Röhrenleitungen für die Anlagen vor dem Königsthore, für die Pommerendorfer Anlage, für die Wasser- und Eisenbahnstraße und für die Mauer- und Charlottenstraße um bedeutende Strecken mit 88 neuen Laternen zugenommen hat.

Es erscheint durch diese Zunahme das stetige Wachstum des Betriebes der Gasanstalt in erfreulicher Weise konstatirt. Es wurden verwendet: 1) für die öffentliche Beleuchtung 12,543,200 Kubikfuß, 2) für die Werkstat 16,400, 3) für den Betrieb 459,900, 4) für die Privat-Beleuchtung 42,661,910, Summa 55,681,410 Kubikfuß.

Der Netto-Uberschuß ergibt 45,677 Thlr., also 4448 Thlr. mehr als im Vorjahre. Der Kohlenverbrauch ist auf 1940 Last berechnet und hat sich der Durchschnittspreis für die Last Gasohlen auf 18 Thlr. 1 Sgr. 10 Pf., d. i. um 1 Thlr. 1 Sgr. 2 Pf. billiger als im Jahre 1865 gestellt. Die Koalsproduktion hat 2847 Last zu dem durchschnittlichen Verkaufspreise von 11 Thlr. 7 Sgr. für die Last, also um 4 Sgr. billiger als im Jahre 1865, ergeben. An Theer sind 1967 Tonnen mit einem Durchschnittspreis von 1 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf., also gegen das Jahr 1865 mit einer Preisverminderung von 4 Sgr. 10 Pf. für die Tonne, produziert worden. Auf der Gasanstalt ist die dringend nöthige Röhren-Erweiterung hergestellt worden; im Etat des Jahres 1865 waren diese Arbeiten mit 3500 Thlr. veranschlagt, die Ausführung ist im Ganzen für 3263 Thlr. 18 Sgr. 8 Pf. hergestellt worden.

Die öffentliche Beleuchtung ist im Jahre 1866 durch die Anlage von 9 neuen Doppellaternen in verschiedenen Theilen der Stadt, und von 15 neuen öffentlichen Laternen verbessert worden. Die Doppellaternen werden nach den geltenden Bestimmungen zur Hälfte auf Privatkosten angelegt und unterhalten, und zwar werden 5 der neuen Doppellaternen mit 12 Thlr. und 4 mit 16 Thlr. jährlich bezahlt.

In der Verwaltung der Gasanstalt sind mehrere wichtige Veränderungen eingeführt worden. Die Bestimmung, nach welcher bisher den Konsumenten Gasleitungen auf Stadtkosten eingerichtet und gegen eine Mielte von 10 Prozent der Anlagekosten zur Benutzung überlassen wurden, ist durch die übereinstimmenden Beschlüsse der städtischen Behörden aufgehoben, und in Betreff der vorhandenen städtischen Leitungen ist angeordnet worden, daß neue Mietverträge für dieselben nicht mehr abgeschlossen werden sollen. Den Käusern dieser Leitungen wird für jedes Jahr der Benutzung ein Erlaß von 3 Prozent der Anlagekosten gewährt und sind auf diese Weise im Jahre 1866 im Ganzen 94 städtische Leitungen veräußert worden.

Die Ereignisse des Jahres 1866 sind auch auf die weitere Ausbreitung der Gasbeleuchtung nicht ohne Einwirkung geblieben. Während im Jahre 1865 111 neue Gasleitungen, einschließlich 14 Doppellaternen, angelegt worden sind, hat sich im Jahre 1866 die Zahl der Gasleitungen nur auf 66, und darunter 9 Doppellaternen, vermehrt. (Schluß folgt.)

Landwirthschaftliches.

(Das Umgraben des Gartenlandes vor dem Winter.) Es ist bekannt, von welcher Bedeutung es ist, den für die Sommersaat (resp. auch für die nächstfolgende Wintersaat) bestimmten Acker schon vor Winter zu düngen und umzuackern; auch weist auf den Nutzen des Umackerns vor Winter schon das Sprüchwort hin: „Vor Winter gepflügt (auch gegraben) ist halb gedüngt.“ — Was hier vom Felde gilt, das gilt natürlich und noch mehr auch vom Gartenlande, das jedenfalls eine größere Rente zu geben bestimmt ist, wie ersteres. Deshalb sollte man es auch nicht versäumen — wie es immer noch zu häufig vorkommt — das Gartenland gleichfalls vor Winter umzugraben und dann rauh (nicht glatt geharkt) liegen zu lassen. — Man wird dadurch unter anderem auch bei vielen Gewächsen und leichterem Boden das Graben im Frühling ersparen, also auch schon früher säen und pflanzen können. Mancherlei Gewächse lieben sogar das Graben im Frühling, den frisch gegrabenen Acker, nicht. Der Nutzen, welcher durch das Umgraben vor Winter beim Gartenlande stattfindet, geht aber noch weiter: das Land wird dadurch nicht allein noch fruchtbarer gemacht, sondern es wird dabei auch noch viel Ungeziefer, welches

in demselben zu überwintern pflegt und welches seiner stärkeren Düngung wegen im Gartenlande weit zahlreicher vorkommt, als im Felde, vernichtet, besonders wenn man dabei dem Federvieh zu demselben den Zutritt gestattet. Endlich wird auch der Dung weit besser in dem vor Winter umgegrabenen Acker zerseht, also zur Aufnahme in die Pflanzen geeigneter gemacht, als wenn er erst im Frühjahr auf den Acker gebracht und nun frisch untergebracht wird.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt a. M., 26. September, Abends. Herzog Adolf und Prinz Nikolaus von Nassau sind heute hier eingetroffen. Herzog Adolf wird jetzt nur zwei Tage hier verweilen, aber binnen 14 Tagen mit seiner Familie zurückkehren, um hier seinen Winteraufenthalt zu nehmen. Der König von Griechenland, der Prinz von Wales mit seiner Gemahlin, die Großfürstinnen Konstantin und Olga, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, sowie Prinz und Prinzessin Oscar von Schweden waren heute zum Besuch der Stadt hier eingetroffen. Sämmtliche Fürstliche Herrschaften traten um sechs Uhr gemeinschaftlich im Hotel de Russie. Der russische Thronfolger wird von Darmstadt heute Abend hier erwartet.

Darmstadt, 26. September, Nachmittags. Der russische Großfürst-Thronfolger ist von Mainz kommend im strengsten Inognito hier eingetroffen und vom Großherzog am Bahnhofe empfangen worden.

München, 26. September, Abends. Der Graf und die Gräfin Trani beabsichtigen ihren bleibenden Aufenthalt hier zu nehmen. — Der hiesige Volksverein bezeichnet in einer Veröffentlichung als nächstes Ziel der politischen Thätigkeit des Vereins die organische Verbindung Süddeutschlands mit dem norddeutschen Bunde, sowie die Entwidlung der deutschen Verfassung auf den freisinnigsten Grundlagen.

Wien, 26. September, Abends. Aus Cormons wird vom heutigen Tage amtlich berichtet, daß in Udine große Zusammenrottungen von Bewaffneten unter revolutionären Rufen stattgefunden haben. Aus Udine flüchten viele Bewohner auf österreichisches Gebiet.

Neustadt an der Saardt, 26. September, Nachmittags. Die Herren Blunskli und Erter sind zu Präsidenten des hier verammelten Protestantentages ernannt.

Florenz, 26. September, Nachmittags. Eine Demonstration zu Gunsten Garibaldi's, welche heute hier stattfand, wurde von der Nationalgarde ohne Mühe unterdrückt. — Nach hier eingetroffenen Berichten aus Genua, hatte sich daselbst gestern Abend eine Deputation zu dem Präfecten begeben, welche ein die Befreiung Garibaldi's betreffendes Gesuch vorbrachte. Durch die Erklärung des Präfecten, er werde das Gesuch dem Ministerium unterbreiten, wurden alle weiteren Demonstrationen befristigt. — Aus Mailand wird von wiederholt vorgekommenen Volksaufläufen berichtet; bei einem derselben wurde der bewaffnete Macht, welche einschreiten mußte, Widerstand geleistet. — In Siena, Verona, Pistoja, Neapel ist es zu kleinen Aufläufen gekommen, welche jedoch ohne Einschreiten der bewaffneten Macht zerstreut wurden. — Unglücksfälle sind bei allen diesen Demonstrationen nicht zu beklagen gewesen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 27. Sept. Witterung: klare Luft. Temperatur + 9° R. Wind: NW.

An der Börse.
Weizen höher bezahlt, loco per 2125 Pfd. 90—102 $\frac{1}{2}$ bez., 83 bis 85 Pfd. gelber September-October 95, 95 $\frac{1}{2}$, 96 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., October-November 91 $\frac{1}{2}$ Br. u. Ob., Frühjahr 89 $\frac{1}{2}$ bez. u. Ob., 90 Br.
Roggen steigend bez., loco sehr knapp, pr. 1000 Pfd. 72—78 $\frac{1}{2}$ bez., September 76 $\frac{1}{2}$ bez., September-October 70 $\frac{1}{2}$, 72 $\frac{1}{2}$ bez., October-November 68 $\frac{1}{2}$, 69 $\frac{1}{2}$ bez., November-December 65, 65 $\frac{1}{2}$, 65 $\frac{1}{2}$, 66 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 63 $\frac{1}{2}$, 64 $\frac{1}{2}$ bez.
Gerste loco per 1750 Pfd. Oberbruch 47—48 $\frac{1}{2}$, mährische und ober-schlesische 51 $\frac{1}{2}$ —52 $\frac{1}{2}$ bez., ungarische 51 $\frac{1}{2}$ bez., schles. 48—50 $\frac{1}{2}$ bez.
Hafer loco pr. 1300 Pfd. 31 $\frac{1}{2}$, 33 $\frac{1}{2}$ bez., September-October 33 $\frac{1}{2}$ Br., 33 $\frac{1}{2}$ Ob., Frühjahr 32 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br. u. Ob.
Erbsen loco pr. 2250 Pfd. 65—72 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr Futter-60 $\frac{1}{2}$ Ob.
Winterrüben loco 80—83 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., September-October 85 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br.
Winterraps 81—85 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez.
Kappeln loco 2 $\frac{1}{2}$ bez.
Petroleum loco 7 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez.
Kaffee matt, loco vom Lager 11 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Br., September, September-October u. October-November 11 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ Br., 11 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ Ob., April-Mai 11 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ Br.
Spiritus wenig verändert, loco ohne Fass 22 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., September 21 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Septbr.-October 21 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez., Oktbr.-November 19 $\frac{1}{2}$ Br. u. Ob., Frühjahr 18 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ bez. u. Ob.
Regulirungssprei: Weizen 100, Roggen 76, Winterrüben 85, Malz 11 $\frac{1}{2}$, Spiritus 21 $\frac{1}{2}$.

Hamburg, 26. September. Getreidemarkt. Weizen und Roggen auf Termine steigend. Weizen per September 5400 Pfd. netto 172 Buthlr. Br. 170 Ob., pr. Herbst 160 Br. u. Ob. Roggen loco höher, pr. September 5000 Pfd. Brutto 123 Br., 122 Ob., pr. Herbst 121 Br., 120 Ob. Hafer ruhig. Del matt, loco 24, per October 24, per Mai 25. Spiritus ruhig zu 31 $\frac{1}{2}$ angeboten. Kaffee stille. Zink fest. — Wetter sehr schön.

Stettin, den 27. September.

Hamburg	6 Tag.	150 $\frac{1}{4}$ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
„	2 Mt.	—	St. Schauspiel-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	142 $\frac{1}{2}$ G	Pom. Chaussee-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Usod. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 24 $\frac{3}{4}$ bz	St. Strom-V.-A.	4	—
„	3 Mt.	6 23 $\frac{3}{4}$ bz	Pr. National-V.-A.	4	113 B
Paris	10 Tag.	81 $\frac{1}{2}$ bz	Pr. See-Assecuranz	4	—
„	2 Mt.	80 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ B	Pomerania	4	113 G
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	103 $\frac{1}{2}$ B
St. Petersburg	3 Weh.	—	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	81 $\frac{1}{2}$ G	Ver.-Speicher-A.	5	—
„	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 $\frac{1}{2}$ %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sta.-Anl. 5457	4 $\frac{1}{2}$	—	Mesch. Zuckersied.	4	—
„	5	—	Bredower	4	—
St.-Schldsch.	3 $\frac{1}{2}$	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	—	St. Porth.-Cementf.	4	—
Pomm.-Pfdbr.	3 $\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
„	4	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ Rentenb.	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Germania	—	94 $\frac{1}{2}$ B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan	—	85 B
„ Prior.	4	—	St. Dampfmühle	4	101 B
„	4 $\frac{1}{2}$	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4 $\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
„ Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4 $\frac{1}{2}$	96 B	Gemeinn. Bauges.	5	—